## S 22 AL 197/00

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 7

Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Arbeitslosenhilfe

Bedürftigkeitsprüfung Einkommensanrechnung

tarifvertragliche Überbrückungsbeihilfe

Mindestentgeltgarantie Leistung nach bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften Zuwendung aus sozialen Gründen

öffentliche Mittel

Arbeitslosenhilfe-Kompatibilität

Leitsätze Die nach dem Vorruhe-Tarifvertrag der

Deutschen Bahn AG gezahlte Überbrückungshilfe stellt kein privilegiertes Einkommen bei der

Bedürftigkeitsprüfung im Rahmen der Alhi-

Gewährung dar.

Normenkette SGB III <u>§ 193 Abs 1</u> F: 1997-12-16

SGB III § 194 Abs 3 Nr 5 F: 1997-12-16 SGB III § 427 Abs 7 F: 1997-12-16 AFG § 138 Abs 3 Nr 4 F: 1997-03-24 AFG § 242x Abs 7 F: 1997-03-24 AlhiV § 11 S 1 Nr 6 F: 1995-07-27 AlhiV 2002 § 2 S 1 Nr 4 F: 2001-12-13 AlhiV 2002 § 2 S 1 Nr 8 F: 2001-12-13

ENeuOG Art 1 § 1 ENeuOG Art 1 § 16

ENeuOG Art 2 § 21 Abs 5 Nr 2

1. Instanz

Aktenzeichen S 22 AL 197/00 Datum 05.06.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 12 AL 167/01 Datum 24.04.2002

## 3. Instanz

Datum 09.12.2003

Die Revision des Klägers gegen das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 24. April 2002 wird zurù⁄₄ckgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten des Revisionsverfahrens sind nicht zu erstatten.

Gründe:

I

Der Kläger begehrt Arbeitslosenhilfe (Alhi) ab dem 24. April 2000. Die Beklagte geht davon aus, dass der Kläger nicht bedürftig ist, weil ihm von seiner Arbeitgeberin eine Ã□berbrückungsbeihilfe gewährt wird.

Der im Jahre 1942 geborene Klā¤ger war seit 1971 zunā¤chst bei der Deutschen Bundesbahn und zuletzt bei der Deutschen Bahn AG (DB AG) als Elektriker beschā¤ftigt. Am 14. November 1997 schloss er mit seiner Arbeitgeberin einen Aufhebungsvertrag zum 31. Januar 1998. In diesem Vertrag wurde die Zahlung einer Ā□berbrā¼ckungsbeihilfe durch die Arbeitgeberin in Hā¶he der Differenz zwischen dem Arbeitslosengeld (Alg) bzw der Alhi und 85 % des Nettomonatsentgelts, lā¤ngstens bis zum Zeitpunkt des frā¼hestmā¶glichen Rentenbezugs, vereinbart. Grundlage dieser Vereinbarung war der Tarifvertrag zur Fā¶rderung von Altersteilzeitarbeit und Vorruhestand fā¼r die Arbeitnehmer der DB AG (Vorruhe TV vom 1. September 1996).

Der KlĤger erhielt nach dem Eintritt einer zwĶlfwĶchigen Sperrzeit vom 1. Februar bis 25. April 1998 ab dem 26. April 1998 Alg. Er bezog Alg bis zur ErschĶpfung des Anspruchs am 23. April 2000. Daneben bezog er fortlaufend Ä□berbrļckungsbeihilfe von seiner frļheren Arbeitgeberin. Ab Mai 2000 betrug die Ä□berbrļckungsbeihilfe 2.583,81 DM und ab November 2000 2.609,19 DM monatlich. Die Beklagte lehnte die Bewilligung von Anschluss-Alhi ab (Bescheid vom 30. MĤrz 2000). Dem KlĤger stļnden bei einem Bemessungsentgelt von 1.000,00 DM (Leistungsgruppe C, keine Kinder) wĶchentlich 386,68 DM an Alhi zu. Mit der Ä□berbrļckungsbeihilfe seiner frļheren Arbeitgeberin erziele der KlĤger ein berļcksichtigungsfĤhiges Einkommen, das den Leistungssatz der Alhi von 386,68 DM wĶchentlich ļbersteige. Der Widerspruch blieb erfolglos (Widerspruchsbescheid vom 18. Mai 2000), ebenso die Klage (Urteil des Sozialgerichts (SG) vom 5. Juni 2001) und die Berufung (Urteil des Landessozialgerichts (LSG) vom 24. April 2002).

Zur Begründung seiner Entscheidung hat das LSG ausgeführt, die Bedürftigkeit des KIägers sei nicht gegeben, weil die Ã∏berbrückungsbeihilfe als zu berücksichtigendes Einkommen die Alhi übersteige. Ein Ausnahmetatbestand von der Einkommensanrechnung gemäÃ∏ § 194 Abs 3 Nr 5 Sozialgesetzbuch Drittes Buch â∏∏ Arbeitsförderung (SGB III) liege nicht vor, weil

der "Arbeitgeber" des KIägers eine dem Privatrecht zuzuordnende AG sei. Seit 1. April 1997 seien Leistungen eines privaten Arbeitgebers auf die Alhi anzurechnen. Ebenso wenig handele es sich um privilegiertes Einkommen iS des § 11 Satz 1 Nr 6 Arbeitslosenhilfeverordnung (AlhiV), weil die ̸berbrückungsbeihilfe nicht aus öffentlichen Mitteln gewährt werde. Hieran ändere auch nichts die Tatsache, dass die DB AG zu 100 % im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehe und die DB AG die MA¶glichkeit habe, ihre Verpflichtungen aus der vorzeitigen Freisetzung des KlĤgers vom BundeseisenbahnvermĶgen zurļckzuholen. Durch diese MĶglichkeit der "Refinanzierung" aus Ķffentlichen Mitteln werde die von der DB AG gezahlte Ã\(\text{berbr}\tilde{A}^1\)/4ckungsbeihilfe nicht zu einer Zahlung nach "bundesrechtlichen" Vorschriften iS des § 194 Abs 3 Nr 5 SGB III bzw zu einer Leistung aus A¶ffentlichen Mitteln iS des A§ 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV. Hier leiste unstreitig eine private AG. Wýrde man berücksichtigen, dass "der private Arbeitgeber" die dem Arbeitslosen gewĤhrte Leistung nach bundesgesetzlichen Vorschriften refinanzieren könne, würde man die Gesetzesänderung zum 1. April 1997 unterlaufen, deren erkl\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)rtes Ziel es gewesen sei, die Leistungen privater Arbeitgeber in Zukunft nicht mehr zu privilegieren. Mit der ̸nderung des § 138 Abs 3 Nr 4 Arbeitsförderungsgesetz â∏∏ AFG â∏∏ (aF) habe verhindert werden sollen, dass private Arbeitgeber zu Lasten der Ķffentlichen Hand Nettolohngarantievereinbarungen abschlä¶ssen. Wã¼rde man im Falle der DB AG eine Ausnahme zulassen, so mýssten gleiche Rechte etwa auch ehemaligen Bediensteten von frÃ1/4heren DDR-Betrieben eingerÃxumt werden, deren Rechtsnachfolger die Kosten von Freisetzungen refinanzieren kA¶nnten.

Mit seiner Revision rügt der Kläger eine Verletzung der <u>§Â§ 194 Abs 3 Nr 5 SGB</u> III, 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV. Der ̸berbrückungsbeihilfe komme nach den Regelungen im Vorruhe TV die Funktion einer Mindestentgeltgarantie zu. Die DB AG schulde ihm 85 % des Nettomonatsentgelts unter Reduzierung von real gezahltem Alg, Alhi oder ähnlichem und ohne jede Reduzierung, wenn Alg oder Alhi aus welchem Grunde auch immer nicht geleistet wÃ1/4rden. Diese Leistung werde auch nach bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften iS des § 194 Abs 3 Nr 5 SGB III bzw aus öffentlichen Mitteln iS des § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV erbracht. Zwar sei im Wege der Bahnreform der unternehmerische Teil, der zum Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen notwendig gewesen sei, als DB AG aus dem BundeseisenbahnvermĶgen ausgegliedert worden. Hierdurch seien aber, insbesondere durch die ̸berleitung des Personals, "Altlasten" entstanden, die nach wie vor durch das BundeseisenbahnvermĶgen zu tragen seien. Das Bundeseisenbahnvermögen â∏ ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen, das weiterhin vom Bund verwaltet werde â∏∏ habe der DB AG jeweils die Kosten zu erstatten, die dieser dadurch entstýnden, dass sie Personaleinsparungen vornehme oder für das nicht mehr benötigte Personal, insbesondere die unkýndbaren Arbeitnehmer, durch Altersteilzeit oder Vorruhestandsregelungen einen gleitenden ̸bergang vom Erwerbsleben in die Altersrente ermögliche. Da das Bundeseisenbahnvermögen â∏∏ und damit der Bund â∏∏ unmittelbar fþr diese Verbindlichkeiten hafte und die von der DB AG entsprechend ausgegebenen Mittel im Bundeshaushalt nach einem fĶrmlichen Gesetz eingestellt werden müssten, handele es sich bei der gezahlten Ã∏berbrückungsbeihilfe um eine aus sittlichen oder sozialen Gründen gewährte Zuwendung aus öffentlichen Mitteln.

Vor dem Hintergrund der von der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten Bahnreform mit dem Ergebnis eines nicht unerheblichen Personalüberhangs sei die Verpflichtung des Bundes zu sehen, für das überzÃxhlige Personal, insbesondere für die langgedienten und unkündbaren Arbeitnehmer, einzustehen. Deren besonderer sozialer Situation hÃxtte Rechnung getragen werden sollen. Dass die DB AG mittlerweile als privatrechtliches Unternehmen organisiert sei, mache sie nicht zu "einem privaten Arbeitgeber", weil der Bund über das Bundeseisenbahnvermögen nach wie vor unmittelbar für die entsprechenden Aufwendungen aufzukommen habe, die durch die Folgen der Bahnreform entstanden seien. SchlieÃ□lich seien auch die Voraussetzungen der "Alhi-KompatibilitÃxt" gegeben, die der erkennende Senat in seiner Entscheidung vom 7. September 2000 (Hinweis auf BSG SozR 3-4220 § 11 Nr 3) aufgestellt habe.

Der KlAxger beantragt,

das Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 24. April 2002 und des SG Gelsenkirchen vom 5. Juni 2001 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm unter Aufhebung des Bescheids vom 30. März 2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 18. Mai 2000 ab dem 24. April 2000 Alhi zu gewähren.

Die Beklagte beantragt,

die Revision zurÄ1/4ckzuweisen.

Sie hÃxlt das angefochtene Urteil für zutreffend.

Ш

Die Revision des KIĤgers ist nicht begrļndet.

Das LSG hat zutreffend entschieden, dass dem Kläger ab 24. April 2000 kein Anspruch auf Alhi zustand, weil er bereits auf Grund der laufenden Zahlungen seiner frþheren Arbeitgeberin nicht bedþrftig iS der §Â§ 193, 194 SGB III war. Die dem Kläger von seiner Arbeitgeberin gezahlte Ã□berbrþckungsbeihilfe stellte kein privilegiertes Einkommen iS des § 194 Abs 3 Nr 5 SGB III dar (sogleich unter 1). Ebenso wenig handelte es sich bei der Ã□berbrþckungsbeihilfe um nach § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV privilegiertes Einkommen (hierzu unter 2).

1. Nach § 193 Abs 1 SGB III (§ 193 idF des Ersten SGB III-Ã□nderungsgesetzes vom 16. Dezember 1997 (1. SGB III-Ã□ndG) BGBI I, 2970) ist bedürftig ein Arbeitsloser, soweit das zu berücksichtigende Einkommen die Alhi nicht erreicht. Dem Kläger hätte â□□ wovon das LSG zutreffend ausgegangen ist â□□ auf Grund der zuletzt dem Alg-Bezug zu Grunde liegenden Bemessungsgrundlagen ab 24. April 2000 ein Anspruch auf Alhi in Höhe von 386,68 DM wöchentlich zugestanden. Die Ã□berbrückungsbeihilfe seiner Arbeitgeberin wurde in Höhe von 85 % des letzten Nettoentgelts auch tatsächlich gezahlt und betrug ab Mai 2000 nach den den Senat bindenden Feststellungen des LSG (§ 163 Sozialgerichtsgesetz (SGG))

## 2.583,81 DM monatlich.

Dieser von der Arbeitgeberin geleistete Betrag war auch als Einkommen iS des § 194 SGB III (ebenfalls idF des 1. SGB III-à ndG) zu berà ¼cksichtigen. Gemà ¤Ã ∩§ 194 Abs 2 Satz 1 SGB III sind Einnahmen iS der Vorschriften über die Alhi alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert einschlieA∏lich der Leistungen, die von Dritten beansprucht werden können. § 194 Abs 3 SGB III nennt einzelne Einkünfte, die im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung bei der Alhi-Gewährung privilegiert sind, mithin nicht als Einkommen gelten. § 194 Abs 3 SGB III wird ergänzt durch die Regelung weiterer privilegierter Einnahmen in § 11 AlhiV idF vom 7. August 1974 (BGBI I, 1929), der bis zum 31. Dezember 2001 galt (jetzt § 2 AlhiV 2002 vom 13. Dezember 2001, BGBI I, 3734). Nicht als Einkommen gelten dabei gemäÃ∏ § 194 Abs 3 Nr 5 SGB III "Leistungen, die nach bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften unter Anrechnung der Alhi erbracht werden". Die von den Vertragspartnern am 14. November 1997 vereinbarte ̸berbrückungsbeihilfe stellt kein privilegiertes Einkommen iS des <u>§ 194 Abs 3 Nr 5 SGB III</u> dar. Es handelt sich dabei zwar um eine Leistung, die unter Anrechnung der Alhi erbracht wurde (sogleich a). Jedoch wurde der Aufstockungsbetrag nicht nach bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften unter Anrechnung der Alhi erbracht (s hierzu b).

- a) Der Senat hat bereits entschieden, dass es sich bei einer Zahlung, die unter Anrechnung der Alhi iS des <u>§ 194 Abs 3 Nr 5 SGB III</u> gewA¤hrt wird, um eine Leistung handeln muss, die dem EmpfĤnger dem Grunde und der HĶhe nach ohne Rücksicht auf einen Bezug von Alhi zusteht (vgl Senatsurteil vom 27. Mai 2003 â 🛮 B 7 AL 36/02 R -, SozR 4-4300 § 194 Nr 2 RdNr 7, und Senatsurteil vom 7. September 2000 â∏∏ <u>B 7 AL 72/99 R</u> -, <u>SozR 3-4220 § 11 Nr 3</u>, S 6). Durch den Schuldner â∏ die Arbeitgeberin â∏ muss also ein Mindestbetrag garantiert werden, der sich jeweils um den Alhi-Zahlbetrag reduzieren würde. Dies war nach dem Aufhebungsvertrag bzw den Regelungen des Vorruhestandstarifvertrags der DB AG der Fall. Nach § 7 Abs 3 und 4 des Vorruhe TV, dessen Geltungsbereich sich über den Bezirk eines Berufungsgerichts hinaus erstreckt und der mithin als Tarifvertrag gemäÃ∏ <u>§ 162 SGG</u> (ggf als Formularvertrag, vgl hierzu BSG Urteil vom 8. Februar 1996, <u>11 RAr 61/95</u>, â∏ unveröffentlicht -, mwN) in vollem Umfang der ̸berprüfung durch das Revisionsgericht unterliegt, wird die ̸berbrückungsbeihilfe in Höhe von 85 vH des Nettomonatsentgelts geleistet, auch wenn eine Sperrzeit eintritt oder der Alg- bzw Alhi-Bezug beendet worden ist. Insofern zutreffend hat der KlĤger mit der Revision vorgetragen, dass § 7 Vorruhe TV eine Mindestentgeltgarantie in HA¶he von 85 % des Nettomonatsentgelts enthält.
- b) Diese Leistung der Arbeitgeberin wurde dem Kläger aber nicht, wie <u>§ 194 Abs</u> 3 Nr 5 SGB III voraussetzt, "nach bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften" unter Anrechnung der Alhi erbracht. <u>§ 194 Abs 3 Nr 5 SGB III</u> entspricht insoweit <u>§ 138 Abs 3 Nr 4 AFG</u> (idF des Arbeitsförderungs-Reformgesetzes (AFRG) vom 24. März 1997, <u>BGBI I, 594</u>), in den mit Wirkung ab 1. April 1997 erstmals die Einschränkung "nach bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften" eingefügt wurde. Zuvor galten nicht als Einnahmen iS des <u>§ 138 Abs 3 Nr 4 AFG</u> (aF) "Leistungen, die unter Anrechnung der Alhi" erbracht werden. Mit der

Hinzufügung des einschränkenden Zusatzes "nach bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften" bezweckte der Gesetzgeber, Alhi nicht mehr gewähren zu müssen, soweit der Arbeitslose auf andere Weise, zB durch eine Nettolohngarantie seines früheren Arbeitgebers, gesichert ist (BT-Drucks 13/4941, S 240 zu Nr 25). Die dem Kläger möglicherweise günstige Vorschrift des § 138 Abs 3 Nr 4 AFG aF ist auf seinen Fall nicht mehr anwendbar, da die Voraussetzungen der Ã□bergangsvorschriften des § 427 Abs 7 SGB III (idF des 1. SGB III-Ã□ndG) iVm § 242x Abs 3 und Abs 7 AFG (idF des AFRG vom 24. März 1997) nicht vorliegen.

Neben der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der auf die Alhi anzurechnenden Leistungen kommt der Tatsache, dass diese Leistung von einer dem Privatrecht zuzuordnenden Gesellschaft und nicht von einem Ķffentlichrechtlichen Arbeitgeber erbracht wird, in Bezug auf <u>ŧ 194 Abs 3 Nr 5 SGB III</u> keine ausschlaggebende Bedeutung zu.

Im vorliegenden Fall wurde die ̸berbrückungsbeihilfe zwar von einer privaten Arbeitgeberin auf vertraglicher Grundlage gewÄxhrt (vgl hierzu auch BSG, Urteil vom 21. November 2002 â ☐ B 11 AL 1/02 R -, SozR 3-4300 § 427 Nr 2, S 10). Ob im Falle der DB AG aber ausschlie̸lich auf diese privatrechtliche Organisationsform der Arbeitgeberin als AG abgestellt werden kann â∏ wovon das LSG offensichtlich ausgeht â∏ ist fraglich, weil an der Gewährleistung/Garantie der ̸berbrückungsbeihilfe die öffentliche Hand in einem weiteren Sinne über den Vorruhe TV (und ggf die Regelungen des Gesetzes zur Neuordnung des Eisenbahnwesens â∏∏ Eisenbahnneuordnungsgesetz â∏∏ (ENeuOG) vom 27. Dezember 1993, BGBI I, 2378; hierzu auch noch unter 2 c) beteiligt war. Entscheidend ist allein, dass die Regelung über die Anrechnung der Alhi auf die ̸berbrückungsbeihilfe nicht in einer landes- oder bundesgesetzlichen Vorschrift enthalten war. Das ENeuOG selbst â∏ als Gesetz iS des <u>§ 194 Abs 3 Nr 5 SGB III</u> â∏ enthält keine Regelung der Ã∏berbrückungsbeihilfe. Zahlungspflichten der DB gegenüber ihren vorzeitig ausscheidenden Arbeitnehmern ergeben sich ebenso wie die Anrechnungsregelung ausschlie̸lich aus § 7 Vorruhe TV. Ein Tarifvertrag stellt aber, wie der Senat bereits entschieden hat (vgl Urteil vom 27. Mai 2003, SozR 4-4300 § 194 Nr 2 RdNr 10), keine landes- oder bundesgesetzliche Vorschrift iS des <u>§ 194 Abs 3 Nr 5 SGB III</u> dar. Bei der Ã∏berbrückungsbeihilfe handelt es sich damit nicht um eine Leistung, die nach bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften unter Anrechnung der Alhi erbracht wird (§ 194 Abs 3 Nr 5 SGB III).

2. Die Ã□berbrückungsbeihilfe stellt auch kein privilegiertes Einkommen iS des § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV in der bis zum 31. Dezember 2001 geltenden Fassung der AlhiV dar. Hiernach gelten nicht als Einkommen, "die aus sittlichen oder sozialen Gründen gewährten Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln, insbesondere solche, die wegen Bedürftigkeit an besonders verdiente Personen oder Künstler oder deren Hinterbliebene gewährt werden". Der Senat hat hierzu bereits entschieden, dass die Formulierung des § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV aF deutlich macht, dass es sich um eine lediglich exemplarische und keinesfalls abschlieÃ□ende Aufzählung von aus sittlichen oder sozialen Grþnden gewährten Zuwendungen

aus  $\tilde{A}$ ¶ffentlichen Mitteln handelt (BSG SozR 3-4220 ŧ 11 Nr 3, S 9). Andererseits darf ŧ 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV nicht als generelle Auffangnorm für die Privilegierung aller denkbaren Leistungen aus sozialen Gründen verstanden werden (BSG aaO, S 12).

Eine Privilegierung der dem Klå¤ger gewå¤hrten å□berbrå¼ckungsbeihilfe scheidet hier schon deshalb aus, weil diese nicht aus den â□□ in § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV aF besonders betonten â□□ sozialen Grã¾nden gezahlt wird (hierzu unter a). Weiterhin folgt aus dem Gesamtzusammenhang und der Systematik der gesetzlichen Vorschriften über die Anrechnung von Einkommen auf die Alhi â□□ insbesondere auch aus der spå¤teren Novellierung der AlhiV â□□ dass der Privilegierungstatbestand des § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV nicht auf die Ã□berbrã¼ckungsbeihilfe nach dem Vorruhe TV angewandt werden kann (im Einzelnen b). Von daher kann letztlich dahinstehen, ob die Ã□berbrückungsbeihilfe aus öffentlichen Mitteln iS des § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV gewährt wird (c).

a) Die ̸berbrückungsbeihilfe wurde hier nicht aus "sozialen Gründen" iS des § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV aF gezahlt. Der Senat hat allerdings die ̸berbrückungsbeihilfe, die deutschen Zivilangestellten bei den alliierten StreitkrÄxften nach dem Tarifvertrag vom 31. August 1971 zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer bei den StationierungsstreitkrÄxften im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (TV SozSich) gezahlt wurde, als aus sozialen Grþnden iS des § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV gezahlt, qualifiziert (BSG SozR 3-4220 § 11 Nr 3, S 9 ff). Wie aus dieser Entscheidung aber deutlich wird, sind an die Zahlung einer Geldleistung aus sozialen Gründen iS des § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV aF besondere Anforderungen zu stellen, die über die "normale" soziale Motivation für die Gewährung einer Geldleistung hinausgehen. Dies folgt bereits aus dem Zusammenhang und Wortlaut des § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV aF, der eine Zuwendung an "besonders verdiente" Personen oder Künstler verlangt. Der Senat hat deshalb eingehend begründet, inwiefern die Beschäftigten bei den im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stationierten auslĤndischen StreitkrĤften auf Grund der besonderen Rechtsbeziehungen (NATO Truppenstatut, Rechtsperson des Arbeitgebers etc) und der stets prekären Arbeitsmarktlage (stetige Ungewissheit des Arbeitsplatzes auf Grund der Gefahr einer Umorganisation und Standortschlie̸ung aus militärischen Gründen) eines besonderen Schutzes bedurften. Der TV SozSich und die nach diesem gewĤhrte ̸berbrückungsbeihilfe sollten als Ausgleich dafür dienen, dass ArbeitsverhĤltnissen bei der auslĤndischen militĤrischen Truppe ein Moment der Ungewissheit eigen ist, das bei anderen ArbeitsverhĤltnissen in diesem Ausma̸ nicht besteht (BSG aaO, S 11).

Demgegenüber erreicht die Schutzbedürftigkeit des Klägers im vorliegenden Fall nicht die für § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV aF erforderliche Intensität. Zwar wird die Ã∏berbrückungsbeihilfe in einem natürlichen Wortsinne "aus sozialen Grþnden" gewährt. Die Revision verweist insofern auf den in § 2 Vorruhe TV normierten Zweck des Vorruhestandes, dem älteren Arbeitnehmer einen nahtlosen Ã∏bergang vom Erwerbsleben in die Altersrente zu ermöglichen. Diese Regelung beinhaltet aber lediglich eine allgemeine soziale Schutzbedürftigkeit und soziale

Zielrichtung der Vorruhestandsleistungen nach dem Vorruhe TV, die im Prinzip auf jede Betriebsstilllegung oder jeden Personalabbau zutreffen. Insofern fehlt es f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r den Kl $\tilde{A}$  $^{x}$ ger an einer besonderen Betroffenheit, wie sie gerade f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Besch $\tilde{A}$  $^{x}$ ftigten bei den ausl $\tilde{A}$  $^{x}$ ndischen Stationierungsstreitkr $\tilde{A}$  $^{x}$ ften gegeben war und die diese Sondergruppe von Besch $\tilde{A}$  $^{x}$ ftigten mit "besonders verdienten" Personen oder K $\tilde{A}^{1}/_{4}$ nstlern iS des  $\hat{A}$  $^{x}$  11 Satz 1 Nr 6 AlhiV vergleichbar machten.

b) Die ̸berbrückungsbeihilfe nach dem Vorruhe TV ist aber auch nicht "Alhikompatibel" im Sinne der Entscheidung des Senats vom 7. September 2000 (BSG SozR 3-4220 § 11 Nr 3, S 12). Die dem KlAxger gewAxhrte ̸berbrückungsbeihilfe stellte hier eine Mindestlohngarantie dar, dh 85 % seines Nettoentgelts waren dem KlĤger garantiert, sodass eine Zahlung von Alhi (steuerrechtliche ErwĤgungen einmal auÄ∏er Acht gelassen) grundsĤtzlich zu keiner ErhĶhung des ihm monatlich zustehenden Betrags führen kann. Genau diese Fallgestaltung einer Nettolohngarantie wollte â∏ wie bereits oben angedeutet â∏ schon <u>§ 138 Abs 3 Nr 4 AFG</u> (die Vorgängervorschrift des <u>§ 194</u> Abs 3 Nr 5 SGB III) regeln und ab 1. April 1997 durch die à nderung des Wortlauts des § 138 Abs 3 Nr 4 AFG klarstellen, dass eine Kostenbelastung des Bundes zu Gunsten eines Dritten verhindert werden solle, der seinerseits einen "Gesamtbetrag" fýr den Arbeitslosen garantiert hat (vgl hierzu BT-Drucks 13/4941, S 240 zu § 138). Unabhängig davon, dass der Dritte, der sich hier auf Grund der Alhi-GewĤhrung entlasten würde, letztlich das BundeseisenbahnvermĶgen iS des Art 1 § 1 ENeuOG wĤre (hierzu noch unter c), würde eine Anerkennung der Ã∏berbrückungsbeihilfe als privilegiertes Einkommen gemäÃ∏ § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV im vorliegenden Fall dazu führen, dass der Gesetzeszweck des <u>§ 138 Abs 3 Nr 4 AFG</u> ab 1. April 1997, der ohne weitere ̸nderungen in <u>§ 194 Abs 3 Nr 5 SGB III</u> Ã1/4bernommen worden ist, unterlaufen würde.

Im Falle der Ā\[ berbr\tilde{A}\] kckungsbeihilfe nach dem TV SozSich (BSG \frac{SozR 3-4220 \tilde{A}\}{\tilde{A}} \frac{11 \text{ Nr 3}}{11 \text{ Nr 3}} \] lagen die Verh\tilde{A}\[ \tilde{A}\] knisse hingegen grunds\tilde{A}\[ \tilde{A}\] tzlich anders. Die \tilde{A}\[ \tilde{B}\] berbr\tilde{A}\[ \] kckungsbeihilfe stellte dort von vornherein gerade keine Leistung "unter Anrechnung der Alhi" dar, und die Privilegierung dieser Leistung d\tilde{A}\[ \] 4rfte schon vor der \tilde{A}\[ \tilde{A}\] nderung des \tilde{A}\[ \frac{\tilde{A}}{\tilde{A}} \frac{138 \tilde{Abs 3 Nr 4 AFG}}{138 \tilde{A}\] zum 1. April 1997 nicht von der Norm gedeckt gewesen sein. Gerade deshalb fand bereits im Jahre 1971 die Redaktionsbesprechung (hierzu BSG \frac{SozR 3-4220 \tilde{A}\[ \frac{\tilde{A}}{\tilde{A}} \frac{11 \tilde{Nr 3}}{11 \tilde{A}}, \frac{\tilde{A}}{\tilde{A}} \) zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und des Bundes statt, in der \tilde{A}\[ \tilde{A}\] gleichsam konstitutiv und rechtlich zumindestens problematisch \tilde{A}\[ \tilde{A}\] beschlossen wurde, dass die \tilde{A}\[ \tilde{B}\] berbr\tilde{A}\[ \frac{\tilde{A}}{\tilde{A}} \tilde{C}\] kungsbeihilfe nach dem TV SozSich f\tilde{A}\[ \frac{\tilde{A}}{\tilde{A}} \tilde{C}\] kungsbeihilfe nach dem TV SozSich als privilegiertes Einkommen gem\tilde{A}\[ \tilde{A}\] 1 Satz 1 Nr 6 AlhiV aF gerade nicht dem Schutzzweck des \frac{\tilde{A}}{\tilde{A}} \frac{138 \tilde{Abs 3 Nr 4 \tilde{A}\) G zuwiderlaufen (vgl BSG aaO).

Dieses Ergebnis findet im Ã□brigen seine Bestätigung in der weiteren Rechtsentwicklung. Der Verordnungsgeber hat die AlhiV mit Wirkung zum 1. Januar 2002 neu gefasst und § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV aF in zwei Tatbestände aufgespalten. § 2 Satz 1 Nr 4 AlhiV 2002 bestimmt nunmehr, dass nicht als

Einkommen gelten: "nicht steuerpflichtige Zuwendungen aus Ķffentlichen Mitteln, die aus sittlichen oder sonstigen Gründen an besonders verdiente Personen oder Künstler oder deren Hinterbliebene wegen Bedürftigkeit gewährt werden". Die vom erkennenden Senat unter § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV aF subsumierte ̸berbrückungsbeihilfe für ehemalige Arbeitnehmer bei den StationierungsstreitkrÄxften ist nunmehr ausdrļcklich als eigenstÄxndiger Privilegierungstatbestand in § 2 Satz 1 Nr 8 AlhiV 2002 normiert. Dies bestÄxtigt, dass auch der Verordnungsgeber von einer besonderen Schutzbedürftigkeit gerade der Bezieher von ̸berbrückungsbeihilfe nach dem TV SozSich ausgegangen ist, die sich im Einzelnen auch historisch begrļnden lĤsst (BSG SozR 3-4220 § 11 Nr 3). Eine solche Schutzbedürftigkeit für andere ̸berbrÃ⅓ckungsbeihilfen, die wie die hier streitige Ã∏berbrÃ⅓ckungsbeihilfe nach dem Vorruhe TV im Bereich der Deutschen Bundesbahn dem Verordnungsgeber ebenfalls bekannt gewesen sein dürften, wurde hingegen ausdrücklich verneint. In dieselbe Richtung weist auch die explizite Privilegierung der ̸berbrückungsbeihilfen nach den Richtlinien über die Gewährung von Beihilfen für Arbeitnehmer der Eisen- und Stahlindustrie, die von MaÃ∏nahmen iS des Art 56 § 2b des Montanunionvertrags betroffen werden (MUV-Richtlinien, gemäÃ∏ § 2 Satz 1 Nr 7a und 7b AlhiV 2002 bzw § 11 Satz 1 Nr 8 AlhiV idF der Fünften Verordnung zur Ã⊓nderung der AlhiV vom 25. September 1998, BGBI I. 3112; hierzu s auch Urteil des Senats BSG SozR 4-4300 § 194 Nr 2). Hieraus folgt, dass eine Privilegierung gerade der Ã\|berbr\( \tilde{A}^{1}\)/4ckungsbeihilfe nach dem Vorruhe TV nicht mit dem vom Gesetzgeber intendierten System der BerÃ1/4cksichtigung von Einkommen bei der Alhi-Bedürftigkeitsprüfung gemäÃ∏ §Â§ 194 SGB III, 11 AlhiV aF "kompatibel" ist.

c) Dahinstehen kann daher letztlich, ob die Ã\(\)berbr\(\tilde{A}^1\)4ckungsbeihilfe "aus öffentlichen Mitteln" iS des § 11 Satz 1 Nr 6 AlhiV aF gew¤hrt wurde. Diese Rechtsfrage, die im Vordergrund der Argumentation des LSG stand, dürfte allerdings zu Gunsten des KlĤgers zu beantworten sein. Das LSG hat nicht im Einzelnen die Rechtsgrundlagen geprļft, die der Finanzierung der ̸berbrückungsbeihilfe nach dem Vorruhe TV zu Grunde lagen, sondern ist eher abstrakt von einem Konzept "der Refinanzierung" einer zunĤchst privat erbrachten Leistung ausgegangen. Diese Wertung erscheint zweifelhaft. Das BundeseisenbahnvermĶgen stellt ein nicht rechtsfĤhiges SondervermĶgen des Bundes dar (vgl Art 1 § 1 ENeuOG). Es ist als solches ein öffentliches SondervermĶgen, und Zahlungen direkt aus diesem VermĶgen sind Zahlungen aus A¶ffentlichen Mitteln. Zutreffend hat die Revision hier darauf hingewiesen, dass Art 2 § 21 Abs 5 Nr 2 ENeuOG festschreibt, dass das BundeseisenbahnvermĶgen die Kosten für die Ã∏berbrückungsbeihilfe erstattet. Insofern steht von vornherein gesetzlich fest, dass die Kosten für die Ã∏berbrückungsbeihilfe aus dem Vorruhe TV jeweils aus dem Ķffentlichen BundeseisenbahnvermĶgen getragen werden, das, wie zusÄxtzlich Art 1 § 16 ENeuOG ausweist, ein Ķffentliches VermĶgen darstellt. Es handelt sich damit nicht um eine "Refinanzierung" von BetrĤgen, die ein Privater "vorgeschossen" hat. Vielmehr ist von vornherein eine Tragung dieser Mittel aus Ķffentlichen Haushalten beabsichtigt.

Die Kostenentscheidung folgt aus  $\hat{A}$ § 193 SGG.

Erstellt am: 06.02.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024